



Bericht an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

Bericht der: Bildungs-, Kultur- und Sportkommission
vom: 4. Juli 2011
zur Vorlage Nr.: [2011-118](#)
Titel: **Bericht zum Postulat [2006/101](#) von Landrat Christian Steiner:
«Eltern bilden statt Kinder therapieren»**
Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

Links:

- [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
- [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
- [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
- [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)



Bericht der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission an den Landrat

betreffend Bericht zum Postulat [2006/101](#) von Landrat Christian Steiner: «Eltern bilden statt Kinder therapieren»

Vom 4. Juli 2011

1. Ausgangslage

Am 23. März 2006 reichte Christian Steiner das titelerwähnte Postulat ein. Am 2. November 2006 hat der Landrat das Postulat überwiesen. In der Vorlage vom 19. April 2011 beantragt der Regierungsrat, das Postulat als erfüllt abzuschreiben.

2. Zielsetzung des Postulats

Der Postulant beantragt dem Regierungsrat zu prüfen, ob ein Elternbildungskonzept erarbeitet werden kann, das einer breiten Elternschaft zu einem frühen Zeitpunkt einen niederschweligen Zugang ermöglicht.

3. Kommissionsberatung

Die Vorlage wurde von der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission an der Sitzung vom 26. Mai 2011 beraten. An der Sitzung waren Regierungsrat Urs Wüthrich und Roland Plattner, Generalsekretär BKSD, für die Erläuterungen des Sachverhaltes sowie zur Beantwortung von Fragen anwesend.

3.1. Beratung im Einzelnen

Regierungsrat Urs Wüthrich hält einleitend fest, das Anliegen des Postulanten sei in unserem Kanton aktuell mit einem Bündel an Angeboten im Erfüllungsprozess. Er verweist dabei auf verschiedene laufende Programme in der Bildungsdirektion, welche die Fachstelle Erwachsenenbildung bearbeitet. Die Projektorganisation «Stark durch Erziehung» erfolgte sogar unter interdirektionaler Zusammenarbeit. Allerdings räumt er ein, dass schwierige Realitäten zur Kenntnis genommen werden müssen: Eine verordnete Erziehung von Eltern ist nicht mehrheitsfähig und dort, wo von Organisationen Projekte aufgegleist werden, fehlen meist diejenigen Eltern, die es wirklich nötig haben. Es gehe immer wieder um Sensibilisierungsarbeit, so auch bei dem oben erwähnten Projekt. Bereits bei der Eröffnungsveranstaltung zur Kampagne «Stark durch Erziehung» habe er darauf hingewiesen, dass im Bereich Erziehung nicht die gleichen Massstäbe gelten

wie beim Autofahren. Weder haben werdende Eltern Theorie- und Praxisunterricht zu absolvieren, noch eine Prüfung abzulegen. Patentrezepte gibt es keine.

Nach Wunschvorstellung des Postulanten müsste jede Primarschule Eltern mit Kindern ab 2 Jahren obligatorisch zu einem Kurs anbieten können, in welchem den Eltern Schlüsselkompetenzen im Hinblick auf einen guten Schulstart ihrer Kinder vermittelt werden. Die Kampagne «Stark durch Erziehung» sei abgeschlossen. Aber da die Kinder 'nachwachsen', müsste es ein konstantes Angebot geben. Aus der Kommission wird von Schulleitungen berichtet, die feststellen, dass die Eltern, die es eigentlich nötig hätten, an Elternabenden nicht anwesend sind. Der Lehrperson sind bei solchen Absenzen die Hände gebunden. Es fällt der Vorschlag für ein Obligatorium bei den Elternabenden.

Eine Landrätin äussert Enttäuschung über die Antwort auf den Vorstoss. Im Frühbereich erlaube man sich eine Hüft- und Hott-Politik, es gebe kein einziges kohärentes Konzept betreffend die frühkindliche Altersphase. Ihres Erachtens bräuchten Eltern von Beginn an Ermutigung und Unterstützung. Es gebe Gemeinden, die die Aufgabe mit ausgebauten Diensten sehr gut lösen. Ein Landrat meint, es müsse klar etwas unternommen werden. Oft seien es Familien mit Migrationshintergrund, die die genannten Probleme hätten, und diesbezüglich habe eine gewisse Partei schon immer eine strengere Gangart gefordert. Ein weiteres Mitglied berichtet von durchgeführten vielfältigen Anstrengungen an der Schule; das Ergebnis sei aber mehr als enttäuschend gewesen. Einem Landrat geht es insbesondere um die Frage, wie ohne staatlichen Zwang eine gewisse Verbindlichkeit hergestellt werden kann, um auch diejenigen zu erreichen, die nicht freiwillig kommen.

Mit dem Projekt «Gemeinsam stark», bei welchem die Gemeinde Reinach mit dem Schulrat und den Lehrerinnen insgesamt eine führende Rolle gespielt hat, habe man es zustande gebracht, dass 90 - 95 % der Eltern der KindergartenschülerInnen am Kurs teilnahmen. Nach seiner Meinung müsste der Kanton die Federführung übernehmen. Ein anderer Landrat macht aufgrund seiner schulischen Erfahrung darauf aufmerksam, dass auch bei Schweizer Kindern Probleme vorhanden sind. Auffällig sei, dass bei schulischen Problemen oft auch Probleme

im Elternhaus vorhanden sind. Einer Abschreibung des Vorstosses Steiner kann er nicht zustimmen. Ein Kommissionsmitglied ortet als Gemeinderätin insofern Handlungsbedarf, als der Kanton eine Art Hilfe zur Selbsthilfe an die Gemeinden leisten sollte, so dass beispielsweise bestehende Projekte übernommen werden könnten. Die SVP-Fraktion ist sich des Problems bewusst, möchte aber das Postulat abschreiben und in der nächsten Legislatur mit einem neuen Vorstoss eine konkrete Lösung fordern.

Für Regierungsrat Urs Wüthrich ist die Erkenntnis aus der Diskussion, dass es offensichtlich unterschiedliche Einschätzungen betreffend genügende Vielfaltigkeit, Niederschwelligkeit und Zweckmässigkeit des Angebotes gibt. Zentrales Problem ist für ihn die Frage der Koordination und der Kontinuität. Dabei wiederum stellt sich die Frage, ob die Aufgabe kantonalisiert werden, oder ob der Kanton den Gemeinden verbindliche Vorgaben mit Indikatoren machen soll. Seines Erachtens werden beide Varianten kaum eine Mehrheit finden.

Die Kommission ist mehrheitlich der Auffassung, dass eine 'top down' Lösung nicht mehrheitsfähig ist. Wenn schon müsste eine dezentrale Lösung gefunden werden. Der Postulant ortet einen Konsens in Bezug auf eine dauerhafte Lösung. Möglicherweise könne das bereits Vorhandene zu einer schlagkräftigen Organisation ausgedünnt werden. Weil das Postulat die Unterstützung einer Mehrheit geniesst, beantragt er Nichtabschreibung.

://: Eintreten ist unbestritten.

Gegenüberstellung Regierungsantrag / Antrag Steiner

://: Mit 5 : 8 Stimmen obsiegt der Antrag Steiner. Damit beantragt die BKSK dem Landrat Nichtabschreibung des Postulats 2006/101.

4. Antrag

://: Die Bildungs-, Kultur- und Sportkommission beantragt dem Landrat Nichtabschreibung des Postulats [2006/101](#), «Eltern bilden statt Kinder therapieren».

Bildungs-, Kultur- und Sportkommission

Karl Willimann, Präsident

Füllinsdorf, 30. Juni 2011